

Übersichten

Außenpolitik

*(1)

Die Bedeutung des asiatisch-pazifischen Raums

Außenminister Qian Qichen nahm in einem Interview mit der Zeitschrift *Liaowang* zu der Frage Stellung, welche Bedeutung dem asiatisch-pazifischen Raum zukommt. Die Antwort sei hier wörtlich wiedergegeben (zit. nach BRu 1990, Nr.3, S.12): "Seit den sechziger Jahren ist die wirtschaftliche Vitalität des APR immer bedeutsamer geworden. Bisher liegt seine jährliche wirtschaftliche Zuwachsrate bei 8% - und damit höher als in anderen Gebieten. Das Entwicklungstempo der "Vier kleinen Drachen" (Südkorea, Taiwan, Singapur und Hongkong) ist auffallend. Die wirtschaftliche Stärke der ASEAN-Länder nimmt allmählich zu. Ihre ökonomischen Aktivitäten entwickeln sich immer lebhafter. Mit der Reform- und Öffnungspolitik vergrößert auch China schnell seine wirtschaftliche Leistung und beschleunigt sein Entwicklungstempo.

Die Besonderheit und Überlegenheit des APR sind: die weiten Gebiete, reiche Ressourcen, besonders die an Menschenkraft. Um der internationalen Konkurrenz zu begegnen, verbessern die meisten APR-Länder ständig ihre Umfelder für Investitionen, erhöhen die Qualifikation der Arbeitskräfte, formulieren und praktizieren die ihren Gegebenheiten entsprechenden Strategien für die wirtschaftliche, wissenschaftliche und technische Entwicklung. Sie haben bei der Einführung ausländischen Kapitals und moderner Technologien, bei der Entwicklung arbeitsintensiver Industriezweige und der Verarbeitungsindustrie sowie bei der Ausweitung des Exports große Fortschritte erzielt. Aufgrund der ständigen Entfaltung der Wirtschaft und der heftigen Konkurrenz auf dem Weltmarkt

fordern und wünschen alle Länder im APR, die wirtschaftliche Zusammenarbeit und den gegenseitigen Handel zu verstärken. Angetrieben sowohl von regionalen Organisationen als auch von weltweit operierenden Gruppen entstehen verschiedene Vorschläge und Konzeptionen über die Organisationsform in dieser Zusammenarbeit.

Im APR gibt es keine einander entgegengesetzten Militärblöcke. Freilich ist der Unterschied zwischen den dortigen Ländern sehr groß, so z.B. hinsichtlich des gesellschaftlichen Systems und der Ideologie. Ihre wirtschaftliche Entwicklung ist unausgeglichen. Außerdem bestehen große Unterschiede bei Sprachen, Religionen, Sitten und Gebräuchen sowie bei den Nationalitäten. Nach allgemeiner Ansicht werden Form und Organisation der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in diesem Raum locker sein. Es ist unmöglich, eine integrierte Gemeinschaft nach dem Vorbild der EG zu bilden. Unseres Erachtens würde irgendeine regionale politische oder wirtschaftliche Organisation im APR ohne Teilnahme Chinas nicht vollkommen sein.

Bis zur Zusammenarbeit wird es zwar noch einige Zeit dauern, aber die Aussichten sind sehr gut. Für wirkliche Fortschritte auf diesem Gebiet ist die Aufrechterhaltung des Friedens und der Stabilität in der Region die erste Bedingung. Alle Länder müssen die Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz streng befolgen, auf der Grundlage der Gleichberechtigung des gegenseitigen Nutzens Wirtschaftsbeziehungen aufnehmen, sich gegenseitig mit notwendigen Gütern aushelfen, die Vorzüge anderer übernehmen, um eigene Schwächen zu überwinden. Die regionalen Zusammenarbeitsorganisationen sollen offen sein. Abzulehnen ist es, exklusive Gruppen zu bilden und Protektionismus zu praktizieren." -we-

*(2)

Gründung der "Föderation für ein Demokratisches China in der Bundesrepublik Deutschland"

Als Reaktion auf die blutigen Ereignisse vom 4.Juni 1989 in der VR China entstand am 23.September 1989 in Paris eine "Föderation für ein Demokratisches China", dem Studentenfürher, aus China geflohene Intellektuelle, im Ausland lebende Studenten und Wissenschaftler sowie Berater des ehemaligen Ministerpräsidenten Zhao Ziyang angehören.

In der Bundesrepublik wurden als Antwort auf diese Initiative vier regionale Organisationen gegründet, die sich auf dasselbe Programm geeinigt haben, nämlich der Bezirk Nord in Hamburg, der Bezirk Mitte in Essen, der Bezirk Süd in München und der Berlin-Bezirk.

Ähnliche Gruppen sind auch in anderen Ländern gegründet worden, so z.B. Mitte Dezember 1989 in Japan und Ende Dezember 1989 in Australien - um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Am 18. und 19.November 1989 kamen rd. 100 Chinesen in Köln zusammen, um die "Föderation für ein Demokratisches China in der Bundesrepublik Deutschland" zu gründen. Der fünfköpfige Vorstand wählte Frau Tienchi Martin-Liao (Ruhr-Universität Bochum) zur Vorsitzenden. Die deutsche Föderation untersteht auf internationaler Ebene dem Dachverband in Paris und kann von diesem auch vertreten werden. Die "Föderation" der Bundesrepublik definiert sich als gewaltfreie Vereinigung, in der sowohl Chinesen als auch Deutsche mitarbeiten können. Ihr Ziel sei es, eine Beendigung des Ein-Parteien-Systems, die Demokratisierung Chinas, den Aufbau eines Rechtsstaats, einer menschenwürdigen Gemeinschaft und einer sozialen Marktwirtschaft zu erstreiten.

Etwas konkreter werden die Aufgaben noch in folgenden vier Punkten gefaßt: (1) Aufklärung "über das Massaker vom 4.Juni 1989", (2) Maßnahmen auf internationaler Ebene, um die "despotischen Machthaber" zu zwingen, ihre Menschenrechtsverletzungen gegen demokratisch gesinnte Chinesen auf-

zugeben, (3) Schaffung einer mitgliederstarken Organisation mit effizienten Kommunikationskanälen und soliden Finanzmitteln, (4) Erarbeitung theoretischer Grundlagen für einen Demokratisierungsprozeß in der VR China.

Im Gründungsaufwurf vom 18./ 19.9. 1989 heißt es wörtlich: "Abgesehen von den Verbrechern, die sich über jegliche Menschenrechte hinweggesetzt haben, gibt es für uns keine Feinde. Alle diejenigen, die für Menschenrechte, Freiheit, Gesetzestreue und Demokratie eintreten, sind unsere Freunde." -we-

***(3)
1989 waren über 60 Millionen Ausländer in der Volksrepublik**

Über 60 Millionen Personen, darunter drei Millionen "Ausländer", seien in China 1989 ein- und ausgereist, gab das Ministerium für öffentliche Sicherheit am 25.1.1990 bekannt. Bei insgesamt 60,98 Millionen Personen habe es sich um 45,6 Millionen Landsleute aus Hongkong und Macau, 150.000 "Überseechinesen" und 1,1 Millionen "taiwanesischen Landsleute" gehandelt. 1,45 Millionen chinesische Staatsbürger hätten in umgekehrter Richtung eine Auslandsreise angetreten, darunter 1,08 Millionen aus privaten Gründen.

Darüber hinaus fertigten chinesische Häfen und Flughäfen rd. 160.000 Schiffe und 30.000 Flugzeuge i.J. 1989 ab.

Der Bewaffneten Grenzpolizei sei es gelungen, ungefähr 3.000 Schmuggelfälle zu unterbinden und 2.200 Schiffe mit Schmuggelgut im Werte von 350 Mio. Yuan zu enttarnen. Ferner seien zahlreiche "Sonderagenten" und "Kriminelle" festgenommen worden - mit zusammen rd. 80.000 Stück Konterbande (XNA, 26.1.90).

In dieser Statistik taucht freilich eine andere Zahl nicht auf, die für die chinesische Volkswirtschaft besonders schmerzhaft war, nämlich das Ausbleiben von westlichen Touristen, deren Strom nach den Ereignissen vom 4. Juni rapide zurückging, so daß 1989 alles in allem 23% weniger Touristen gekommen sind als 1988; immerhin waren es auch 1989 noch insgesamt 24,5 Millionen, hauptsächlich aus Japan, den USA, der Sowjetunion, den Philippinen, Großbritannien, Singapur,

Thailand, Frankreich, Australien und der Bundesrepublik Deutschland. Gestiegen gegenüber 1988 ist lediglich die Zahl der Besucher aus Taiwan, die mit insgesamt 541.000 um 23,6% höher lag als im Vorjahr (XNA, 1.2.90). -we-

Innenpolitik

***(4) Fünf Bausteine der Öffnungspolitik**

Am 8.1.1990 formulierte Li Peng "fünf Bausteine der chinesischen Öffnungspolitik". Sie lauten (1) Festhalten an den Vier Grundprinzipien, (2) weiterer Ausbau des Sozialismus, (3) Festhalten an der Verbindung von Planwirtschaft und Marktregulierung, (4) Festhalten an der Reform- und Öffnungspolitik, wobei man die Jagd nach schnellen Resultaten vermeiden und sich auf eine ziemlich lange Durststrecke bis hin zum Erfolg gefaßt machen müsse, und (5) gründliche Überprüfung von eventuellen Neuerungen durch punktuelle Erprobung in begrenzten Experimentiergebieten. -we-

***(5) Gestörtes Verhältnis der chinesischen Führung zur Frage der "Menschenrechte"**

Längere Zeit waren die "Menschenrechte" ein Lieblingsthema chinesischer Kommentatoren; inzwischen freilich kommt ihnen das Wort "Menschenrechte" wie ein rotes Tuch vor. Der Zeitpunkt des Umschlags von der einen zur anderen Richtung läßt sich auf ein präzises Datum festlegen, nämlich den 4. Juni 1989.

Noch 1988 hieß es, daß "China die Menschenrechte fördert". Zum ersten Mal gedachte es in der Woche vom 3. bis 10. Dezember 1988 des Jahrestags der allgemeinen Deklaration der Menschenrechte, die am 10. Dezember 1948 vor der UNO-Vollversammlung erfolgt worden war.

Auf einer Versammlung am 3. Dezember nahmen 150 Vertreter aus den Bereichen Justiz, Bildung, Außenbeziehungen und Medien an einem Symposium in Beijing teil. Drei Hauptthemen

bildeten sich dabei heraus, nämlich zum einen der Grundrechtsteil der chinesischen Verfassung von 1982, der "garantiere" (sic!), daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich seien, daß Menschenwürde, persönliche Freiheit, Religionsfreiheit u.dgl. gewährt und daß "das Volk" Herr des Staates sei und alle Macht von ihm ausgehe (sic!). Lediglich das Recht der Freizügigkeit sei in der chinesischen Verfassung nicht aufgenommen worden. Keine Rede davon, daß es bis heute kaum eine Möglichkeit gibt, die theoretischen Grundrechte im Ernstfall auch praktisch durchzusetzen!

Ein anderes Thema war die Frage, inwieweit Menschenrechtsverletzungen eine Einmischung von außen her gestatten. Einer der Redner stellte fest, daß Unmenschlichkeiten wie Rassentrennung, Völkermord, Sklavenhandel, Mißhandlung von Flüchtlingen und Terrorismus nicht nur international verurteilt werden dürfen, sondern auch müssen. Wenn andere Länder gegen solche Verbrechen vorgehen, könne dies nicht als Einmischung bezeichnet werden. Unterhalb dieser Schwelle freilich sei jeder Staat autonom und brauche sich nicht in seine Angelegenheiten hineinreden zu lassen. Es sei einfach unerträglich, wie die USA immer wieder auf die Behandlung der Tibet-Frage zu sprechen kämen!

Ein dritter Punkt war dem dunklen Kapitel der Kulturrevolution gewidmet. Damals seien die Menschenrechte systematisch verletzt worden. Leider neige man in China dazu, diese Zeit zu tabuisieren und den Mantel des Schweigens über sie zu breiten. Genauso wie die Deutschen aber die nationalsozialistische Vergangenheit aufgearbeitet hätten, müßten auch die Chinesen Trauerarbeit leisten (BRU 1988, Nr.51, S.6 f.).

Die Chinesen unterscheiden zwischen drei "Generationen" - und Arten - der Menschenrechte, denen sie jeweils verschiedene Bedeutung beimessen. Da sind (1) zunächst die Rechte, die auf die bürgerlich-demokratische Revolutionen des 17. und 18. Jh. zurückgehen und die vor allem dem einzelnen Individuum politische Rechte einräumen. Sie finden ihren Niederschlag in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung in den Art.2-21 und enthalten das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person, auf Freiheit von Folter